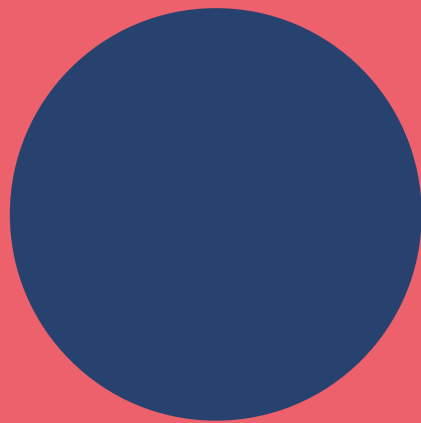


Jahres- bericht 2021



FORUM
MENSCHENRECHTE



Inhalt

Wer ist/was tut das FORUM MENSCHENRECHTE	3
Rückblick 2021.....	5
Aktivitäten 2021	8
Pressemitteilungen.....	8
Berichte vom MRR.....	8
Veranstaltungen	8
Konferenzen/öffentliche Veranstaltungen.....	8
Politische Gespräche	9
Interne Veranstaltungen (Plena)	9
Arbeitsgruppen des FORUM MENSCHENRECHTE	10
AG Antirassismus.....	10
AG Entwicklung/Wirtschaft.....	11
AG Frauen/LSBTI*.....	12
AG Innen.....	13
AG Kinderrechte	15
AG Außenpolitik/Menschenrechtsrat (MRR)	16
Weiterarbeit 2022	17
Verwendete Abkürzungen.....	18
Impressum.....	21

Wer ist/was tut das FORUM MENSCHENRECHTE

Das FORUM MENSCHENRECHTE (FMR) wurde auf Initiative der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) im Anschluss an die Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 am 12.01.1994 als Netzwerk von in Deutschland bundesweit bzw. überregional arbeitenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Institutionen und kirchlichen Werken des Menschenrechtsbereichs gegründet.

Durch gemeinsame Lobbyaktivitäten, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit Themen widmet sich das FMR u.a. der Unterstützung der Bewusstseinsbildung in Deutschland über Universalität und Komplexität der Menschenrechte und der kritischen Begleitung der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages auf nationaler und internationaler Ebene sowie der Arbeit deutscher Expert_innen in internationalen Menschenrechtsorganen

Im Jahr 2021 zählte das FMR 53 Mitgliedsorganisationen, davon drei Gastmitglieder (vgl. Liste im Anhang).

Unsere permanenten Arbeitsgruppen (2021: Antirassismus, Entwicklung/Wirtschaft, Innenpolitik, Kinderrechte, Rechte von Frauen und LSBTI*, UN-Menschenrechtsrat/Außenpolitik) bilden das inhaltliche Rückgrat und die Grundlage für die Arbeit des FMR. Alle Mitgliedsorganisationen sind gehalten, ihre Expertise in mindestens einer der permanenten Arbeitsgruppen einzubringen.

Für aktuelle Themenschwerpunkte werden bei Bedarf zeitlich begrenzte Arbeitsgruppen - ad hoc-Arbeitsgruppen - eingerichtet.

Bei regelmäßig (3-4 x pro Jahr) stattfindenden

Plenen werden grundlegende Entscheidungen über die Arbeit des FMR getroffen.

Ein vom Plenum für zwei Jahre gewählter Koordinationskreis (Ko-Kreis) sorgt für den Informationsfluss zwischen Plenum und Arbeitsgruppen und ist für die Außendarstellung des FMR verantwortlich.

Im Koordinationskreis waren 2021 folgende Mitgliedsorganisationen vertreten:

- *Amnesty International* Deutschland e.V. durch Dr. Julia Duchrow,
- *Brot für die Welt* im EWDE e.V. durch Silke Pfeiffer,
- Bundesweite Arbeitsgemeinschaft psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer, *BAfF e.V.* durch Elise Bittenbinder,
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, *DGVN e.V.* durch Dr. Lisa Heemann
- Bischöfliches Hilfswerk *MISEREOR e.V.* durch Dr. Ilona Auer-Frege
- *PRO ASYL e.V.* durch Günter Burkhardt,
- *terre des hommes* Deutschland e.V. durch Jonas Schubert,
- *Vereinte Evangelische Mission* durch Dr. Jochen Motte.

2021 vertraten drei stimmberechtigte Mitglieder – Judit Costa (National Coalition Deutschland), Prof. Dr. Michael Krennerich (Nürnberger Menschenrechtszentrum) und Christian Mihr (Reporter ohne Grenzen) – das FMR im Kuratorium des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Das FMR ist dem gemeinnützigen **Verein Forum Menschenrechte e.V.** angegliedert. Dieser führt u.a. gegen Selbstkostenerstattung

die Administration der Arbeit des Netzwerks durch und unterstützt es auch inhaltlich.

Vorsitzende des gemeinnützigen Vereins Forum Menschenrechte e.V. waren 2021 Henriette Engels und Dr. Jochen Motte; für die Finanzen zeichnete Dr. Lisa Heemann verantwortlich.

Das Forum Menschenrechte e.V. beschäftigt eine Teilzeitkraft in der Geschäftsstelle in Berlin (2021 Beate Ziegler). Es entsendet außerdem eine Beobachterin zum UN-Menschenrechtsrat nach Genf. 2021 wurde diese Aufgabe von Dr. Silke Voß-Kyeck wahrgenommen.

Rückblick 2021¹

Das Jahr 2021 war für das FMR maßgeblich bestimmt durch die Bundestagswahl im September. Vor diesem Hintergrund hat das FMR Erwartungen und Forderungen der Mitgliedsorganisationen gegenüber der Politik aus den AGs gebündelt und die vom Plenum verabschiedeten „Forderungen anlässlich der Bundestagswahl 2021. Menschenrechte wählen“ sowohl in gedruckter wie [in digitaler Form](#) veröffentlicht.

Am 14. Juni 2021 hat das FMR eine online-Diskussionsveranstaltung mit Abgeordneten durchgeführt, bei der die Forderungen öffentlich diskutiert wurden. Kernanliegen aus den Forderungen wurden bis zu den Wahlen und auch im Anschluss während der Koalitionsverhandlungen über Ansprechpartner_innen in die Politik kommuniziert. Lobbyarbeit zur Bundestagswahl war auch Schwerpunktthema des Plenums am 30. September 2021.

Vereinbarungen zum Themenbereich Menschenrechte im Koalitionsvertrag können aus unserer Sicht durchaus positiv beurteilt werden:

Eine Reihe von Kernanliegen aus den Forderungen findet sich dort explizit wieder. Dazu zählt an erster Stelle die nicht erst seit diesen Wahlen erhobene Forderung nach Aufwertung des Amtes der Menschenrechtsbeauftragten mit der damit verbundenen Zusage auf mehr Personal. Weitere Stichpunkte sind der Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen, Schutz vor Verfolgung und Ausbau von Schutzprogrammen wie der Elisabeth-Selbert-Initiative sowie Aufstockung des Personals an Auslandsvertretungen. Hinzu kommt das Bekenntnis zur Stärkung multilateraler Institutionen des Menschenrechtsschutzes wie des UN-Menschenrechtsrates und des Hochkommissariats für Menschenrechte, die

endlich zugesagte Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Sozialpakt, der Einsatz für eine Konvention von LSBTI-Rechten, für die Konkretisierung und Durchsetzung des Rechtes auf eine saubere Umwelt, das Eintreten gegen Straflosigkeit sowie für einen europäischen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte.

Positive Anknüpfungspunkte finden sich ebenso zu den Themen Asyl und Migration. So die Nicht-Weiterverfolgung des Konzepts der Anker-Zentren wie auch eine Reihe von Ankündigungen zur Reform von Verfahren im Asyl- und Aufenthaltsrecht. Im Blick auf die europäische Flüchtlingspolitik verpflichten sich die Koalitionäre, sich dafür einzusetzen, illegale Zurückweisungen an den EU-Außengrenzen zu beenden und Frontex auf der Grundlage der Menschenrechte weiterzuentwickeln. Seenotrettung wird als zivilisatorische und rechtliche Verpflichtung anerkannt. Kinder dürfen grundsätzlich nicht in Abschiebehaft genommen werden.

Kinderrechte sollen im Grundgesetz verankert werden. Zudem will die Koalition die von vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen seit Langem geforderte Grundsicherung einführen.

Im Kapitel zur Entwicklungszusammenarbeit wird Bezug genommen auf soziale Menschenrechte wie dem Recht auf Nahrung, Gesundheit, eine gesunde Umwelt und soziale Rechte im Kontext von Armutsbekämpfung. Ebenso sollen Rechte von Frauen, Mädchen und marginalisierter Gruppen wie LSBTI gestärkt werden. In diesem Zusammenhang soll ein Gender-Aktionsplan unter Beteiligung der Zivilgesellschaft erarbeitet werden. Gefördert werden sollen zivilgesellschaftliche Akteure und die Pressefreiheit.

Weitere wichtige Absichtserklärungen und Verpflichtungen finden sich in den Kapiteln zu

¹ Der Rückblick basiert auf Ko-Kreis- und Vorstandsbericht für die Jahresklausur

Rassismus und Antidiskriminierung mit dem Ziel der Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, „insbesondere gegen Schwarze Menschen, Muslimfeindlichkeit, Frauenhass und Queer-Feindlichkeit sowie Angriffe gegen Geflüchtete und Engagierte“. Dabei strebt die Koalition eine Änderung des Gleichbehandlungsgrundsatzes im Grundgesetz an um ein Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller Identität und den Ersatz des Begriffs „Rasse“ durchzusetzen.

Auch wenn nicht alle unsere Anliegen und Forderungen aufgegriffen wurden und manches fehlt, so bildet dieser Koalitionsvertrag ein breites Aufgabenfeld für das FMR und seine Mitgliedsorganisationen für die kommende Legislaturperiode. Nun gilt es, die Umsetzung zu begleiten und durch kontinuierliches Monitoring dort Kritik zu üben, wo Zusagen und Versprechen nicht oder nur unzureichend eingelöst werden oder politisches Handeln diesen Verpflichtungen gar zuwiderläuft. Das Jahr 2022 wird für das FMR vor allem davon bestimmt sein, Kontakte mit den neuen Entscheidungsträger_innen in Parlament und Regierung herzustellen und Kommunikation aufzubauen. Dabei wird es eine Herausforderung sein, alle neuen möglichen Ansprechpartner_innen beispielsweise im BMZ, im BMI, im BMWik in diese Kommunikation einzubeziehen.

Die menschenrechtliche Realität weltweit ist 2021 nicht besser geworden. Das zeigt nicht nur der [Atlas der Zivilgesellschaft 2021](#) sondern auch Entwicklungen von China, über Russland, Afghanistan, Belarus, Polen und Ungarn bis hin nach Deutschland.

Es muss uns als Menschenrechtler_innen zutiefst beunruhigen, dass unter den Bedingungen der Corona-Pandemie und den Diskussionen um Schutzmaßnahmen und einer möglichen Impfpflicht Teile von Politik und Zivilgesellschaft darin die größte Bedrohung für Grund- und Freiheitsrechte sehen, während Verletzungen der Menschenrechte in den Bereichen wie vorhin

aufgeführt sowie der ungerechte weltweite Zugang zu Impfstoffen eine untergeordnete Rolle zu spielen scheinen.

Der Ko-Kreis hat sich daher in einer Stellungnahme vom Dezember 2021 gegen eine populistische Verengung von Freiheitsrechten gewandt und konsequente Maßnahmen von Bund und Ländern gefordert, damit die Rechte auf Gesundheit und auf Leben geschützt werden.

Im Zusammenhang mit der Afghanistan-Krise im August und der nicht abgeschlossenen Evakuierung von ehemaligen Ortskräften, Beschäftigten in der Entwicklungsarbeit und Menschenrechtsverteidiger_innen sowie besonders gefährdeten Personen hat der Ko-Kreis über das Jahresgespräch mit dem Außenminister hinaus am 18.8.2021 ein Gespräch mit Frau Susanne Baumann, Leiterin der Abt. VN geführt. Ein Ergebnis war ein fortgesetzter Austausch, den wir als FMR trotz aller „short comings“ in der Sache als positiv betrachten können. Frau Baumann ist mittlerweile zur Staatssekretärin im AA ernannt worden. Wir haben ihr für ihre Bereitschaft zu diesem Austausch gedankt und werden beraten, wie der Koalitionsvertrag für ein humanitäres Aufnahmeprogramm zu Afghanistan, die Reform des Ortskräfteverfahrens und die Beschleunigung des Familiennachzugs umgesetzt werden kann.

Das neue Lobbyregistergesetz, das ab 1.1.2022 die Registrierungspflicht aller Organisationen vorschreibt, die sich gegenüber Bundestag und Ministerien in politischer Interessensvertretung betätigen, warf bei den Mitgliedsorganisationen des Forums viele Fragen auf, die in zwei Info-Veranstaltungen diskutiert und beraten wurden.

Der Ko-Kreis hat ferner einen Podcast über das FMR, seine Geschichte, Mitgliedsorganisationen und Arbeitsweise in Auftrag gegeben, der 2022 online gehen wird.

Hingewiesen sei abschließend auf ein Anliegen, das auch Thema auf der Jahresklausur war und das wir im Ko-Kreis bearbeitet haben. Dabei geht es darum, ein noch klareres Bild davon zu gewinnen, wer wir sind, wie wir arbeiten, mit welchen Schwerpunkten und Zielgruppen. Dazu hat der

Ko-Kreis eine Umfrage entworfen, mit deren Ergebnissen wir versuchen werden, die Vielfalt im FMR besser zu verstehen und zu berücksichtigen. Wir hoffen, dass sich alle beteiligt haben und werden die Ergebnisse im Plenum vorstellen.

Aktivitäten 2021

Publikationen

Positionspapiere und Stellungnahmen (z.T. mit anderen Netzwerken)

Januar 2021	<u>„Lehren aus der Corona-Krise“ (überarbeitet)</u>
März 2021	<u>„Menschenrechte wählen“ – Forderungen anlässlich der Bundestagswahl</u>
März 2021	<u>„Kinderrechte ins Grundgesetz, aber richtig!“</u>
September 2021	<u>„Afghanistan. MRR muss unabhängigen Beobachtungsmechanismus für MR-Verletzungen ermöglichen.“</u>
September 2021	<u>Schattenbericht „Vier Jahre NAP Wirtschaft und Menschenrechte“</u>
Dezember 2021	<u>„Das Große Ganze denken“ – ‚machbar‘-Bericht 2021</u>

Pressemitteilungen

03.02.2021	<u>„Menschenrechte glaubwürdig verteidigen, auch an den EU-Außengrenzen“</u>
15.06.2021	<u>„Menschenrechte wählen“</u>
18.08.2021	<u>„Menschen in Afghanistan nicht im Stich lassen“</u>
02.12.2021	<u>„Gegen populistische Verengung des Freiheitsbegriffs in der Impfdebatte“</u>
10.12.2021	<u>„Tag der Menschenrechte. Koalitionsvertrag macht Hoffnung – Konkrete Taten müssen folgen.“</u>

Berichte vom MRR

[März 2021: 46. Sitzung](#)

[Juni 2021: 47. Sitzung](#)

[November 2021: 48. Sitzung](#)

Veranstaltungen

Konferenzen/öffentliche Veranstaltungen

18.02.2021	Online-Diskussion „Corona ist weiblich“
14.06.2021	<u>Online-Diskussion zur Bundestagswahl</u>

- 07.06.2021 Online-Fachgespräch: „Abpfeif – Rote Karte für Antifeminismus + Co.“
02.12.2021 Mitwirkung an [„machbar“-Konferenz „Das Große Ganze“](#)

Politische Gespräche

- 23.02.2021 Jahresgespräch mit Außenminister Heiko Maas und der Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung im Auswärtigen Amt, Dr. Bärbel Kofler
18.08.2021 Gespräch mit der Leiterin der Abteilung Vereinte Nationen im AA Susanne Baumann zur aktuellen Lage in bzw. Evakuierungsmöglichkeiten aus Afghanistan
Ganzjährig Vertreter_innen des Koordinationskreises und der Arbeitsgruppen nahmen darüber hinaus an zahlreichen Fach- und Lobbygesprächen mit Politiker_innen und Tagungen zu ihren Themen teil oder luden dazu ein (siehe Berichte aus den Arbeitsgruppen).

Interne Veranstaltungen (Plena)

- 13.-15.01.2021 Jahresklausur digital, Themenschwerpunkte: Wahlforderungen, Folgen von Covid 19 national und international
14.06.2021 Plenum digital mit öffentlicher Online-Abendveranstaltung zur Bundestagswahl mit den menschenrechtspolitischen Sprecher_innen der demokratischen Bundestagsfraktionen.
30.09.2021 Plenum digital, Themenschwerpunkte: Begleitung Koalitionsverhandlungen, Vorbereitung Jahresklausur 2022
18.10.2021 Sensibilisierungsworkshop Geschlechtliche Vielfalt

Arbeitsgruppen des FORUM MENSCHENRECHTE²

AG Antirassismus

Mitglieder: Amnesty international, Bahá'í-Gemeinde, Deutsche UNESCO-Kommission, Diakonie Deutschland, iaf- Verband Binationaler Familien und Partnerschaften.

AG-Sprecher: Johannes Brandstätter, Diakonie Deutschland
(johannes.brandstaeter@diakonie.de)

Keine Präsenztreffen, Austausch erfolgte per E-Mail.

Themen und Aktivitäten

Politische Entwicklungen:

Im Frühjahr beendete der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus mit der Verabschiedung eines Katalogs von fast 90 Maßnahmen seine Arbeit. Rassismusbekämpfung steht damit längst nicht mehr nur im Rahmen einer Fortschreibung des NAP gegen Rassismus auf der Agenda. Die Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen legte im Herbst einen Entwurf für ein Bundespartizipationsgesetz vor, der die Diskussion in der neuen Legislaturperiode befördern dürfte und in Teilen schon in den neuen Koalitionsvertrag eingeflossen ist.

Von CERD liegt noch keine Bewertung des deutschen Staatenberichts zur UN-Antirassismuskonvention vor.

Die AG lieferte Textbausteine zur Positionierung vor der Bundestagswahl.

Forum gegen Rassismus (FgR) und NAP gegen Rassismus

Das Forum gegen Rassismus ist eine seit dem EU-Jahr gegen Rassismus 1997 bestehende Plattform von Regierungsstellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, deren Geschäftsführung beim BMI liegt. Der Sprecher der AG ist Mitglied der geschäftsführenden Steuerungsgruppe – die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Agenda des FgR sind gut, allerdings fand wegen Covid nur eine einzige Sitzung in verkürztem digitalen Format am 29. Juni 2021 statt. Dort wurde der später von der GroKo nur rudimentär umgesetzte Kabinettsbeschluss gegen Rechtsextremismus und Rassismus vorgestellt.

Planung 2022 / neue Bundesregierung

Folgende Themen stellen sich in Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag u.a.:

- „Bundespartizipationsgesetz“ mit Forderungen nach der Quote auf Bundesebene
- Racial Profiling und rassistische Polizeigewalt – Umsetzung der Forderungen von ECRI an Deutschland
- Rassismusbegriff in Artikel 3 Grundgesetz: neu in der Fachdiskussion ist ein Staatsziel, das ähnlich wie bei den Merkmalen Geschlecht und Behinderung Gleichstellungsmaßnahmen zum Gebot macht und damit die Bekämpfung struktureller rassistischer Diskriminierung ermöglicht.
- Demokratiefördergesetz

² AG-Berichte für diesen Bericht leicht gekürzt

AG Entwicklung/Wirtschaft

Mitglieder: Amnesty International, Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Brot für die Welt, CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Deutsche Kommission Justitia et Pax, FIAN Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Germanwatch, pbi, terre des hommes, urgewald

AG-Sprecher: Jonas Schubert, terre des hommes (j.schubert@tdh.de)

Die AG hat sich drei Mal getroffen und u.a. folgende Themen bearbeitet:

Menschenrechte in der EZ: Mitwirkung an Sitzungen des BMZ-Thementeam
Menschenrechte und ein Treffen mit Dr. Jürgen Zattler, Abteilungsleiter für Internationale Entwicklung, 2030 Agenda und Klima im BMZ, vor allem zum Reformkonzept „BMZ 2030“. Siehe hierzu AG-Positionspapier zu Anforderungen an das neue Qualitätsmerkmal Menschenrechte, Gender und Inklusion: <https://www.forum-menschenrechte.de/bmz-2030-qualitaetsmerkmal-menschenrechte/>

Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung:

Auf Anregung der AG ist das FMR Mitglied des Netzwerks Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung. Im Jahr 2021 war das FMR Mitherausgeber des Reports „Machbar- Das Große Ganze denken- wie wir Ernährung, Gesundheit und Klima zusammen denken“ und hat inhaltliche Beiträge (u.a. FIAN) dazu geliefert (<https://www.forum-menschenrechte.de/das-grosse-ganze-denken-machbar-bericht-2021/>)

DEval: Seit 2016 pflegt die AG einen konstruktiven Austausch mit dem Deutschen Evaluierungsinstitut (DEval) für die EZ, um den Menschenrechtsansatz im Bereich der

Evaluierung von Programmen und Projekten der EZ zu stärken. Philipp Mimkes (FIAN) ist für die AG Mitglied in der Referenzgruppe gewesen, die das DEval bei der Evaluierung des BMZ - Menschenrechtskonzepts von 2011 beraten hat. Jonas Schubert hat die AG bei der vom DEval und dem DIMR ausgerichteten Frühjahrstagung „Alles was Recht ist: Menschenrechtsbasierte Ansätze in Evaluation und Evaluation von Menschenrechten“ (24./25.6.2021) vertreten.

Wahlkampf: Die AG hat die Wahlkampfforderungen des FMR (Menschenrechte wählen!) im Kontext von Entwicklungspolitik und Wirtschaft und Menschenrechten mitentwickelt und sie aktiv in die Koalitionsverhandlungen eingebracht.

Follow-up Aide Memoires: Im Anschluss an eine Reihe von der AG eingebrachten Aide Memoires (siehe Treffen mit dem Außenminister) traf sie sich im September 2021 mit dem Auswärtigen Amt (Büro Menschenrechtsbeauftragte, Referat Wirtschaft und Menschenrechte und Botschaftsvertreter*innen), um noch einmal speziell das Gespräch über die Rolle der Botschaften im Kontext der extraterritorialen Menschenrechtspflichten Deutschland zu suchen. Follow-up ist geplant.

Wirtschaft und Menschenrechte: Die AG wirkt an der Lobby-Arbeit für eine ambitionierte Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Deutschland mit, vor allem durch Mitarbeit in spezifischen Arbeitszusammenhängen wie der AG Sorgfalt mit CorA, dem CSR-Forum oder der Initiative Lieferkettengesetz. Im Jahr 2020 hat die AG u.a. zu einem Schattenbericht beigetragen, der Anforderungen an die anstehende Überarbeitung des vier Jahre alten Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte stellt: <https://www.forum-menschenrechte.de/vier-jahre-nationaler->

[aktionsplan-wirtschaft-und-menschenrechte-schattenbericht-der-zivilgesellschaft/](#)

Voraussichtliche Schwerpunkte für 2022:

Umsetzung der Koalitionsvereinbarung in den für die AG relevanten Bereichen (u.a. Lieferkettengesetz (EU); Recht auf gesunde Umwelt/Klimapolitik; Qualitätsmerkmal Menschenrechte für das BMZ; Zusatzprotokoll Sozialpakt); Schwerpunkt Kontaktaufbau gegenüber relevanten Regierungsstellen, u.a. BMZ (Gespräch Ministerin).

Mitwirkung an Aktivitäten des Netzwerks Agenda 2030

Follow-up Aide Memoires

Begleitung der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte und der Initiative Lieferkettengesetz

Themenschwerpunkte (Umwelt-/Klimaschutz und Menschenrechte, Folgen von Covid-19 für wsk-Rechte (Gesundheit) global.

Beitrag im Rahmen des FMR-Engagements in der Elisabeth-Selbert-Initiative.

Offene Frage: Mitgliedschaft in dem AK OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen

AG Frauen/LSBTI*

Mitglieder: Amnesty International, Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel – KOK, Der Paritätische Gesamtverband, Deutscher Frauenrat, Gesellschaft für Freiheitsrechte, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit – IFFF/WILPF, LSVD, medica mondiale, pro familia, TERRE DES FEMMES.

AG-Sprecherin: Katrin Frank, Der Paritätische – Gesamtverband (faf@paritaet.org)

Sitzungen, Besprechungen und Veranstaltungen der AG im Jahr 2021:

- 19.01.2021 AG-Sitzung

- 12.02.2021 Vorbesprechung Veranstaltung
- 18.02.2021 Veranstaltung
- 23.03.2021 AG-Sitzung
- 08.04.2021 AG-Sitzung
- 02.06.2021 Besprechung mit BMFSFJ
- 07.06.2021 Veranstaltung
- 07.07.2021 AG-Sitzung
- 28.09.2021 AG-Sitzung
- 25./26.10.2021 Sensibilisierungsworkshop
- 23.11.2021 AG-Sitzung

Arbeitsschwerpunkte 2021

Besprechung mit dem BMFSFJ zu **Lehren aus der Corona-Krise:**

Es wurde bereits im Sommer 2020 von der AG ein Papier zu den Lehren aus der Corona-Krise verfasst: <https://www.forum-menschenrechte.de/corona-pandemie-und-menschenrechte/> Das Papier wurde nochmals zu Beginn des Jahres 2021 aktualisiert und u.a. an die Bundesfrauenministerin und führende Frauenpolitiker*innen auf Bundes- und europäischer Ebene verschickt. Das Papier wurde auch im politischen Diskurs, z. B. bei der Bundesfrauenkonferenz von Bündnis90/Die Grünen und durch die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen Frauen, Maria Noichl, für die politische Arbeit verwendet und genutzt.

In diesem Zusammenhang erging an die AG ursprünglich auch eine Einladung durch die ehemalige Abteilungsleitung des BMFSFJ, Daniela Behrens, sich zu einem Austausch via Webex zusammenzufinden. Aufgrund des Weggangs von Daniela Behrens aus dem BMFSFJ fand der Austausch dann am 2. Juni 2021 auf der Fachebene statt.

Beteiligt waren nachfolgende Personen und Referate des BMFSFJ:

- Fr. Karcher, Referat 103 – Integration und Vielfalt,

- Fr. Dr. Blomeyer, Referat 215 – Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Geschlechtliche Vielfalt,
- Hr. Paul, Referat 401 – Grundsatzangelegenheiten, Gleichstellung in der Digitalen Gesellschaft,
- Fr. Dr. Muth, Referat 402 – Bekämpfung des Menschenhandels und Prostituiertenschutzgesetz,
- Fr. Dr. Muth stellv. für Referat 403 – Schutz von Frauen vor Gewalt,
- Fr. Dr. Benke, 411 – Partnerschaftliche Gleichstellungspolitik, Aufwertung sozialer Berufe,
- Fr. Sikorski, Fr. Laute, 413 - Schwangerschaftskonfliktgesetz, Sexualaufklärung, Frauen mit Beeinträchtigung,
- Fr. Gladosch, 415 – Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer

Vorbereitung Online-Fachgespräch **#coronaistweiblich - Frauenrechte und Rechte von LSBTI* in Corona-Zeiten:**

Das Papier zu den Corona-Lehren diente auch zur Vorbereitung für das Online-Fachgespräch #coronaistweiblich - Frauenrechte und Rechte von LSBTI* in Corona-Zeiten am 18.2.2021. Keynote Speakerin war Prof. Dr. Beate Rudolf, Direktorin des DIMR. Die Ergebnisse wurden schriftlich festgehalten und das Papier zu den Lehren aus Corona wurde erneut aktualisiert. Es nahmen mehr als 80 Personen an der Veranstaltung teil. Der Teilnehmer*innenkreis setzte sich aus Politiker*innen und der Zivilgesellschaft zusammen.

Online-Fachgespräch **Abpiff - rote Karte für Antifeminismus & Co.:**

Am 7. Juni 2021 führte die AG zudem das Online-Fachgespräch Abpiff - rote Karte für Antifeminismus & Co. mit Judith Rahner von

der Antonio Amadeu Stiftung durch. Es waren hierfür über 70 Personen angemeldet. Judith Rahner von der Amadeu Antonio Stiftung hat mit den Teilnehmer*innen über Ursachen, Strömungen und Auswirkungen von Antifeminismus gesprochen und Strategien gegen solche Tendenzen aufgezeigt.

Sensibilisierungsworkshop zum Thema Trans*:

Nach einem Beschluss des Plenums des Forum Menschenrechte initiierte die AG Rechte von Frauen und LSBTI* zudem einen Sensibilisierungs-Workshop rund um das Thema Trans*. Durchgeführt wurde dieser vom BV Trans* und Max Appenroth. Der Workshop fand am 25. und 26. Oktober 2021 online statt.

Die AG will sich im Jahr 2022 schwerpunkthaft mit den Themen Frauenrechte in Afghanistan/afghanische Frauen in Deutschland, Trans* und den Themen des Koalitionsvertrages beschäftigen. Sie plant zwei Veranstaltungen durchzuführen (eine davon in Form eines Parlamentarischen Frühstücks).

AG Innen

Mitglieder: Amnesty International, BAFF, BAG Asyl in der Kirche, BUMF, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonie Deutschland, DRK, EKD, KOK, PRO ASYL

AG-Sprecher: Günter Burkhardt, PRO ASYL (gb@proasyl.de)

Für die AG Innen war die Arbeit im Jahr von 2021 besonders von zwei Schwerpunkten geprägt: der Bundestagswahl im September 2021 sowie den Ereignissen vor und nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan.

Afghanistan

Abschiebungen nach Afghanistan und die Lage von afghanischen Asylsuchenden und

Geduldeten in Deutschland beschäftigen die AG Innen und die beteiligten Organisationen schon lange. Dies spitzte sich im Anfang August mit dem letzten noch geplanten Abschiebungsfieger nach Kabul zu. Mit der Machtübernahme der Taliban Mitte August ging es plötzlich für viele Organisationen nur noch um eins: möglichst viele gefährdete Menschen aus dem Land und nach Deutschland holen. Über das Forum Menschenrechte wurden verschiedene Austauschrunden zu den Evakuierungen und der sogenannten „Menschenrechtsliste“ mit dem Auswärtigen Amt geführt.

Die AG Innen griff das Thema gegenüber dem Bundesinnenministerium in Schreiben und bei einem Treffen am 23. November 2021 mit Abteilungsleiter Weinbrenner auf. Hierbei ging es vor allem um die Klärung der Zuständigkeiten der verschiedenen Ressorts, der Rolle des BMI und des genauen Ablaufs der Aufnahmen aus Afghanistan. Forumsmitglieder drängten darauf, die Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen – da jede Verzögerung für akut gefährdete Menschen lebensgefährlich sein kann. Auch wurden die vom BAMF vorgenommene „Rückpriorisierung“ der Asylverfahren von afghanischen Asylsuchenden sowie die prekäre Situation der viele in Deutschland geduldeten Afghan_innen angesprochen.

Bundestagswahl

Nachdem die AG Innen im Dezember 2020 noch einen Austausch mit dem Innenausschuss des Bundestags hatte, konnte – trotz entsprechender Terminanfragen – vor der Sommerpause und dem Beginn des Wahlkampfs kein erneuter Termin mit dem Innenausschuss realisiert werden.

Für die Forderungen des FMR zur Bundestagswahl formulierte die AG Innen die Forderungen für eine menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik. Hierzu gehörten:

- die Gleichstellung von subsidiär Schutzberechtigte mit GFK-Flüchtlingen, um die aktuelle nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung beim Familiennachzug zu beenden;
- mehr Ressourcen bei Auslandsvertretungen und beim Auswärtigen Amt in Deutschland, um die Visabearbeitung und –vergabe zu beschleunigen und Familien nicht auf Jahre zu trennen;
- Rücknahme der Leistungsausschlüsse und –kürzungen im Asylbewerberleistungsgesetz;
- Rücknahme der Wohnsitzregelung für Flüchtlinge, mit welcher die Bewegungsfreiheit der Betroffenen extrem beeinträchtigt wird;
- Rücknahme der „Duldung light“ für Personen mit ungeklärter Identität sowie der erhöhten Anforderungen für die Erlangung einer Niederlassungserlaubnis für GFK-Flüchtlinge;
- eine bundesweite behördenunabhängige Asylverfahrensberatung;
- wirksame Bleiberechtsregelungen, z. B. generell nach fünf Jahren Aufenthalt, für Familien nach drei Jahren sowie für Opfer von rassistischer Gewalt sofort, und wirksame Partizipation;
- die Streichung der gesetzlichen Vermutung nicht bestehender gesundheitsbedingter Abschiebungshindernisse und der erhöhten Anforderungen an Atteste in § 60 a) Abs. 2 c) und d) sowie § 60 Abs. 7 S. 2 Aufenthaltsgesetz.
- Abschiebestopp für Syrien, Afghanistan und Somalia
- Zugang zu fairen Asylverfahren in allen EU-Staaten
- Besonderer Schutz für besonders verletzte Geflüchtete (z.B. Geflüchtete Frauen, Minderjährige, Menschen mit Behinderungen,

Betroffene von Menschenhandel oder Folter und LSBTI*)

Im Wahlkampf dominierten mit Ausnahme von Abschiebungen nach und Evakuierungen aus Afghanistan andere Themen. Dies galt auch für die Koalitionsverhandlungen, wobei die massiven Menschenrechtsverletzungen an der Grenze zu Belarus zunehmend Beachtung fanden – aber zugleich versucht wurde, ein erneutes vermeintliches Bedrohungsszenario heraufzubeschwören.

Der Koalitionsvertrag sieht im Bereich der Asylpolitik wichtige und positive Änderungen vor, die auch auf den jahrelangen Druck der Zivilgesellschaft zurückgehen. Hierzu gehören:

- Verbesserungen beim Familiennachzug durch die Gleichstellung von subsidiär Schutzberechtigten mit Flüchtlingen, die Einführung des Geschwisternachzugs und
- der vorgesehenen Änderung beim Sprachnachweis.
- Den Zugang zur Gesundheitsversorgung für Asylbewerber*innen unbürokratischer gestalten und die Verstärkung psychosozialer Hilfen für geflüchtete Menschen
- Bundesaufnahmeprogramm für gefährdete Afghan*innen und Verbesserungen
- des Ortskräfteverfahrens
- Verbesserungen beim Bleiberecht und die Einführung des neuen Chancen-
- Aufenthaltsrechts
- Erleichterung der Anforderungen bei Niederlassungserlaubnis und Einbürgerung

Diese Aspekte wurden auch im Glückwunschsreiben an die neue Bundesinnenministerin Nancy Faeser bereits

benannt, da eine schnelle Umsetzung dieser Regelungen wichtig ist, um Menschen vor Abschiebungen zu schützen und Familien schneller zusammen zu führen.

Eine möglichst schnelle Umsetzung des Koalitionsvertrags in diesem Bereich wird die AG Innen auch mit dem Innenausschuss, geleitet vom Vize-Vorsitzenden Lars Castellucci von der SPD, zum Thema machen. Zudem werden Themen, die der Koalitionsvertrag nicht ausreichend oder gar nicht regelt – wie die Abschaffung von AnKER-Zentren und der Verkürzung der Aufenthaltszeit in Erstaufnahmeeinrichtungen sowie Abschiebungshaft und Abschiebungen von Kranken und Traumatisierten – weiter von der AG Innen bearbeitet werden.

Europäische Flüchtlingspolitik

Neben den deutschen Themen wird auch die europäische Flüchtlingspolitik und insbesondere die Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen die Arbeit der AG Innen weiter bestimmen – denn dort entscheidet sich die Zukunft des Asylrechts. Wie im Schreiben an Frau Faeser bereits angemahnt wurde, braucht es ein entschiedenes Eintreten für Flüchtlings- und Menschenrechte der neuen Bundesregierung auf EU-Ebene – sowohl konkret gegenüber Mitgliedstaaten wie Polen, Kroatien und Griechenland als auch bei den weitergehenden Verhandlungen um den „New Pact on Migration and Asylum“ und weiteren Vorschlägen der Europäischen Kommission.

AG Kinderrechte:

Mitglieder: Deutsches Kinderhilfswerk, National Coalition Deutschland, terre des hommes

AG-Sprecher: Thomas Berthold, terre des hommes (t.berthold@tdh.de)

Die AG legt für 2021 keinen Bericht vor. Sie war aber maßgeblich an der Formulierung des Kinderrechtsteils der Forderungen zur Bundestagswahl beteiligt.

AG Außenpolitik/Menschenrechtsrat (MRR)

Mitglieder: Amnesty, Brot für die Welt, DGVN, Heinrich Böll Stiftung, HRW, justitia et pax, MISEREOR, NMRZ, pbi, Reporter ohne Grenzen, urgewald, VEM, Silke Voß-Kyeck (MRR-Beobachtung) – Gast: Beate Ziegler (Geschäftsstelle)

AG-Sprecher: Jochen Motte, Vereinte Evangelische Mission (jplic@vemission.org)

Die AG hat 2021 fünfmal getagt. Ein Ziel war die Vorbereitung und Begleitung der Sitzungen des MRR auf der Grundlage der Berichte der durch das FMR beauftragten Beobachterin Dr. Silke Voß-Kyeck.

Seit 2019 hat Dr. Silke Voß-Kyeck für das FMR die Beobachtung des MRR, die aktive Lobbyarbeit und Durchführung von „Side Events“ während der Sitzungen des MRR sowie die Koordination der Gesprächskontakte mit der deutschen Delegation und dem Menschenrechtsbeauftragten in Genf für das Forum wahrgenommen. Die schriftlichen Ausarbeitungen finden sich auf der Website des Forums <https://www.forum-menschenrechte.de/unsere-themen/un-menschenrechtsrat/>.

Durch die Corona Pandemie fand die Beobachtung auch im Jahr 2021 weitgehend digital statt.

Teilnehmende aus der AG trafen sich am 16. Februar 2021 mit dem Planungsstab des Auswärtigen Amtes, wo über den Stand der Abfassung und des Inhaltes des Weißbuches Multilateralismus berichtet wurde.

Mitglieder der AG haben ferner an einem Austausch mit der Leitung des

Menschenrechtsreferates am 18. Mai 2021 in Berlin teilgenommen. Dabei wurde über deutsche Prioritäten und Vorhaben im MRR berichtet, wie u. a. das Eintreten Deutschlands für das Recht auf eine gesunde Umwelt.

Im Anschluss an eine AG Sitzung am 7. Juni 2021 haben Mitglieder der AG einen Workshop zum internen Erfahrungsaustausch zu ESI abgehalten. Daran beteiligt waren neben allen Interessierten aus dem FMR auch die Vertreter_innen des FMR im ESI Auswahlgremium.

Die für das Jahr 2020 geplante und dann auf 2021 verschobene Reise des FMR nach Genf in Zusammenarbeit mit der FES musste aufgrund der Corona Krise abgesagt bzw. verschoben werden.

Mitglieder der AG haben sich darüber hinaus mit folgenden Themen befasst:

- Chinas Rolle im MRR
- UN-Sicherheitsrat
- Vorbereitungen der Planungen zum UPR Deutschland im MRR 2023
- Vorbereitung und Beratung zum Gespräch mit Außenminister Heiko Maas am 3. Februar 2021
- Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen
- Koalitionsvertrag und Implikationen für die Arbeit der AG 2022

Weiterarbeit 2022

Auch wenn Corona uns weiterhin herausfordert: Ein zentraler Aspekt der politischen Aktivitäten in Deutschland wird die Kontaktaufnahme und beginnende Zusammenarbeit mit den neugewählten Bundestagsabgeordneten und Minister_innen sein, um die Umsetzung des Koalitionsvertrags zu begleiten. Ein erster Austausch mit der Beauftragten für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Luise Amtsberg, und der Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses im Bundestag, Renata Alt, ist für die Jahresklausur im Januar 2022 vorgesehen.

Auf der Tagesordnung bleibt die Entwicklung in und um Afghanistan nach dem Abzug der Bundeswehr und insbesondere die Aufnahme von gefährdeten ehemaligen Ortskräften und Menschenrechtsverteidiger_innen durch Deutschland.

Ko-Kreis

Der neugewählte Ko-Kreis sieht sich besonders gefordert, trotz der weiterhin bestehenden coronabedingten Einschränkungen eine gute Zusammenarbeit im FMR zu gewährleisten und dafür auch online-Formate und unkonventionelle Wege zu nutzen. Er wird dazu auch die Ergebnisse der Umfrage zur Vielfalt im FMR in Hinblick auf (Änderungs-)bedarfe bei der Zusammenarbeit auswerten. Er betreut außerdem den Podcast „Menschenrechte: ungehört“, der voraussichtlich im Herbst online geht.

Darüber hinaus befasst er sich mit der Planung einer (möglichst Präsenz-)Veranstaltung zu 75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 2023.

Insgesamt bleibt eine bessere Vernetzung mit Menschenrechtsorganisationen in anderen europäischen Ländern ein großes Anliegen.

Arbeitsgruppen

Die bestehenden Arbeitsgruppen führen ihre Arbeit mit den in ihren Berichten benannten Schwerpunkten (s. S.x-y) weiter.

Geplant ist die Umbenennung der bestehenden AG Innen in eine AG Asyl/Migration sowie die Gründung einer „neuen“ AG Innen, die ein breites innenpolitisches Themenspektrum abdecken soll.

Versuche, die AG Menschenrechtsbildung wiederzubeleben, sind bedauerlicherweise den coronabedingten Schwierigkeiten zum Opfer gefallen, und auch die AG Kinderrechte hofft auf Präsenz-Reaktivierung in 2022.

Weitere Themen für 2022:

- Klima und Menschenrechte
- Selbstbestimmungsgesetz
- EU-Lieferkettengesetz

Mitgliedsorganisationen

Aktuell liegt ein Aufnahmeantrag (von Survival-International Deutschland) vor, über den das Plenum voraussichtlich am 13. Oktober 2022entscheiden wird.

Verein Forum Menschenrechte e.V.

Beim Verein Forum Menschenrechte e.V. stehen Satzungsaktualisierungen an, um die reibungslose Weiterarbeit gewährleisten zu können.

Verwendete Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CERD	für die Überprüfung der Einhaltung der „ICERD“ (s.u.) zuständiger UN-Ausschuss
CSR	Corporate Social Responsibility
CEDAW	Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women
DEval	Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit
DIMR	Deutsches Institut für Menschenrechte
ECRI	European Commission Against Racism and Intolerance
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
ICERD	International Convention on the Elimination of all forms of Racial Discrimination
IMK	Innenministerkonferenz
MRR	UN-Menschenrechtsrat
NAP	Nationaler Aktionsplan
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights (UN-Hochkommissariat für Menschenrechte)
UPR	Universal Periodic Review (regelmäßiges Staatenüberprüfungsverfahren des MRR)

Mitgliedsorganisationen 2021

1. Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (ACAT Deutschland e.V.)
2. Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF)/pbi
3. Amnesty International Deutschland e.V.
4. Baha'í-Gemeinde Deutschland K.d.ö.R.
5. Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.
6. Bundesfachverband Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.
7. Bundesweite AG der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V. (BAfF)
8. Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V. (KOK)
9. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)
10. Deutsche Kommission Justitia et Pax
11. Deutsche UNESCO-Kommission e.V.
12. Deutscher Frauenrat – Lobby der Frauen in Deutschland e.V.
13. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
14. European Center for Constitutional and Human Rights e.V. (ECCHR)
15. EWDE – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. mit den Teilwerken
Brot für die Welt und Diakonie Deutschland
16. FIAN Deutschland e.V. FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk
17. Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
18. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
19. Germanwatch e.V.
20. Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)
21. Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF)
22. Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
23. Human Rights Watch
24. Humanistische Union e.V.
25. Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL)
26. Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)
27. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) – Deutsche Sektion e.V.
28. Internationales Katholisches Missionswerk missio e.V. (missio Aachen)
29. IPPNW e.V.
30. JUMEN e.V. – Juristische Menschenrechtsarbeit in Deutschland
31. Kindernothilfe e.V.

32. Kommission für Menschenrechte – Freiburger Anwaltverein e.V.
 33. Konrad Adenauer Stiftung e.V.
 34. Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) e.V.
 35. medica mondiale e.V.
 36. missio - Internationales Katholisches Missionswerk Ludwig Missionsverein KdÖR (missio München)
 37. National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention e.V.
 38. Nürnberger Menschenrechtszentrum
 39. Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ e.V.
 40. Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.
 41. pax christi Deutsche Sektion e.V.
 42. PRO ASYL e.V.
 43. pro familia Bundesverband e.V.
 44. Reporter ohne Grenzen e.V.
 45. TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e.V.
 46. terre des hommes Deutschland e.V.
 47. urgewald e.V. – Anwalt für Umwelt und Menschenrechte
 48. Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
 49. Vereinte Evangelische Mission/VEM
 50. Werkstatt Ökonomie e.V.
- Gastmitglieder:
51. Deutsches Kinderhilfswerk (DKHW)
 52. Deutsches Rotes Kreuz e.V. (DRK)
 53. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

Impressum

Herausgeber:

Forum Menschenrechte e.V.

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Straße 4

10405 Berlin

Redaktion

Beate Ziegler

August 2022